

Protokoll der gemeinsamen Sitzung der Beiräte Mitte und Östliche Vorstadt
am 5. März 2007

Anwesend waren

vom Beirat Mitte

Wiebke Baustian
Jürgen Bunschei
Oliver Dalichow
Hans Jörg Diekmann
Monika Engelmann
Monika Heuß
Susanne Lolk
Viola Mull
Michael Rüppel
Rolf Schröder
Alexander Tassis
Jörg Windszus

vom Beirat Östliche Vorstadt

Peter Kadach
Peter Rüdel
Klaus-Rainer Rupp
Elfriede Siegel
Reinhard Werner

vom Ortsamt

Robert Bücking
Andrea Freudenberg

Vorsitz
Protokoll

als Gäste

Frau Hannover-Drück, Frau Schmitter
Reiner Kammeyer

Verein Bremer Frauenmuseum
Ortsamtsleiter Ortsamt Vegesack

Beginn: 19.00 Uhr

Ende: 22.15 Uhr

Tagesordnung

1. Fragen, Wünsche und Anregungen aus der Bevölkerung
2. Beiratsrechte stärken - Ausweitung der Entscheidungsrechte
3. Diskussion zur Einführung von Bürgeretats auf Stadtteilebene
4. Aktuelles
 - Genehmigung von Protokollen
 - Bericht von der Veranstaltung Viertelparlament am 28.2.2007
 - Drängelgitter Stephani
5. Mitteilungen der Beiratssprecherinnen
6. Mitteilungen des Ortsamtes
7. Verschiedenes

TOP 1

Die Vertreterinnen des Bremer Frauenmuseums tragen ihren Wunsch auf Benennung einer Brücke nach Paula Becker-Modersohn vor. Vorgeschlagen wird, die Brücke, die die Villa Ichon an der Bleicherstraße mit den Wallanlagen hinter der Kunsthalle verbindet, nach Paula Becker-Modersohn zu benennen.

Der Beirat unterstützt den Vorschlag und beschließt einstimmig, die genannte Brücke nach Paula Becker-Modersohn zu benennen. Es handle sich um eine bisher namenlose Brücke an einer repräsentativen Stelle.

Der Beirat hofft, dass die Kunst- und Kultureinrichtungen entlang der Kulturmeile ebenfalls diesen Vorschlag unterstützen.

TOP 2

Herr Kammeyer berichtet aus dem Arbeitskreis der Ortsamtsleiter, die sich Gedanken zu den Beiratsrechten gemacht haben. Anlass des Treffens sei die Nichtbesetzung der Ortsamtsleiterstellen in Schwachhausen/Vahr und in Burglesum. In einer gemeinsamen Zusammenkunft mit den Beiratssprecher/innen seien Vorschläge zur Stärkung der Beiratsrechte entwickelt worden, die bereits in mehreren Beiräten vorgestellt wurden und bisher positiv aufgenommen wurden.

Herr Kammeyer erläutert die Vorschläge:

Als Punkte werden u.a. genannt: Die Beiräte sollen ein Rederecht in der Bürgerschaft erhalten, für die Stadtteile seien bei den Fachbehörden Stadtteilbudgets zu schaffen. Eine Inanspruchnahme der Budgets solle nur mit Zustimmung des Beirates zulässig sein. Den Beiräten müssen mehr Entscheidungsrechte eingeräumt werden. Einstimmige Beschlüsse der Beiräte sollen bindend sein und nur durch einstimmige Beschlüsse der Fachdeputation ersetzt werden können.

Weitere Punkte sind dem Papier Beiratsrechte stärken - nicht nur auf dem Papier - zu entnehmen.

Den beiden Beiräten liegt ein Antragstext vor (verfasst von Monika Heuß und Michael Ruppel), der mit den Koordinierungsausschüssen der beiden Beiräte abgestimmt wurde.

In der anschließenden Diskussion gibt es zu einzelnen Punkten Diskussionsbedarf. Einflussnahme auf Verwaltungsentscheidungen: Die frühzeitige Information und Beteiligung der Beiräte an den ortspolitisch bedeutsamen Planungen in der Verwaltung muss eine zwingende Voraussetzung von Verwaltungsentscheidungen werden.

Verwaltungsentscheidungen, die ohne Beiratsbeteiligung zustande gekommen sind, sollen automatisch unwirksam werden. Dafür sei es erforderlich, dass der Beirat ebenso wie die Bürgerschaft das Recht erhalte, kleine Anfragen an den Senat zu richten.

Das System der Einstimmigkeit (in Angelegenheiten des Stadtteils) soll nicht entscheidend sein, weil dann die Gefahr bestehe, dass es bei wichtigen Fragen keine Einstimmigkeit mehr im Beirat geben werde. Einstimmigkeit widerspreche auch dem Demokratieprinzip der Mehrheitsentscheidung. Wichtig sei die ortspolitische Positionierung zu den Entscheidungen der Verwaltung.

Für die CDU-Fraktion ist die Frage der Ortsamtsleiterwahl ein wichtiger Aspekt. Sie plädieren dafür, den Ortsamtsleiter direkt durch die Bürger des Stadtteils zu wählen. Die Bürger würden sich dadurch mehr für die Arbeit des Beirates interessieren.

Seitens der Grünen- und SPD-Fraktion wird gegen diesen Vorschlag gesprochen. Das würde die Rechte und die Arbeit der Beiräte nicht stärken, sondern schwächen, wenn die Ortsamtsleiter ein eigenes direktes Mandat hätten.

Auch **Herr Bücking** widerspricht dem Vorschlag der Direktwahl der Ortsamtsleiter durch die Bürgerinnen und Bürger. Solange die Beiräte nur bescheidene Rechte hätten, sei es absurd den Ortsamtsleiter noch weiter zu stärken und die Beiräte in ein Schattendasein zu führen. Jetzt müssen sich die politischen Parteien auf die Stärkung der Beiräte und Bürgerrechte konzentrieren.

Zur Abstimmung:

Im vorliegenden Antragstext wird als zusätzliche Forderung das Recht kleine Anfragen an den Senat zu richten, aufgenommen. Der Antrag wird Punkt für Punkt in den Beiräten abgestimmt. Überwiegend erfolgte Einstimmigkeit, bei den Punkten 1.3./1.6. /1.9./2.1. und 2.2. gibt es wenige Gegenstimmen.

Beiräte werden parallel zur Stadtbürgerschaft und zum Landtag alle vier Jahre von den Bürgerinnen und Bürgern in Bremen gewählt. Sie bilden ein ehrenamtliches Stadtteilparlament, in dem auf lokaler Ebene die Belange des Stadtteils vertreten und verhandelt werden. Obwohl die Beiräte ein bedeutendes Element zwischen den Entscheidungen von Bürgerschaft, Senat, Verwaltung und Bürger/innen darstellen, wird ihre Tätigkeit von Verwaltung und Teilen der Politik oft als lästig empfunden.

Die ehrenamtliche Arbeit der Beiräte erhält zwar immer wieder viel Lob in Sonntagsreden, real werden die Beiräte aber häufig nicht informiert und nicht in Entscheidungen eingebunden.

Es muss zur politischen Kultur dieser Stadt gehören, dass die jeweils betroffenen Beiräte in transparenten Verfahren frühzeitig informiert und an Entscheidungen stärker beteiligt werden.

Die Beiräte Mitte und Östliche Vorstadt schließen sich den Forderungen an, die in einer Runde von Ortsamtsleitern und Beiratssprecher/innen aufgestellt wurden:

Wir fordern daher insbesondere:

eine Ausweitung der Entscheidungsrechte

1. Die Ablehnung einer mehrheitlichen Beiratsentscheidung durch die Fachdeputation ist von deren Sprecher/in im Beirat zu begründen.
2. Es gilt eine Unwirksamkeitsklausel für Verwaltungshandeln in Stadtteilangelegenheiten ohne Beiratsbeteiligung.
3. Beiratsvertreter/innen haben bei Konflikten Rederecht in der Bürgerschaft.
4. Für die Stadtteile sind bei den Fachbehörden Stadtteilbudgets zu schaffen, deren Jahresplanung mit dem Beirat abgestimmt werden muss
5. Eine Inanspruchnahme der Budgets ist nur mit Zustimmung des jeweiligen Beirats zulässig, z.B. für:
 - Straßenunterhaltung (Stadtteilstraßen);
 - Verkehrsplanung (soweit stadtteilintern);
 - Planung, Bau, Instandsetzung von Grün- und Freiflächen, Parkanlagen, Kleingartenanlagen und Straßenbegleitgrün;
 - Einrichtung und Unterhaltung von Kinderspielplätzen.
 - Maßnahmen im Bereich von Jugendeinrichtungen.
6. Will eine Fachdeputation einem mit 2/3 Mehrheit gefassten Beiratsbeschluss nicht folgen, muss die Stadtbürgerschaft entscheiden.
7. Analog zum Recht der Bürgerschaftsfraktionen erhält der Beirat das Recht kleine Anfragen an den Senat zu richten.
8. Anträge an die Stiftung Wohnliche Stadt benötigen eine Stellungnahme des Beirats.
9. Bestimmte unsinnige Regeln für die Vergabe von Globalmitteln sind zu streichen (z.B. das Verbot, Gutachten zu finanzieren).

Organisatorische Veränderungen

1. Da die Beiräte ressortübergreifend arbeiten, ist eine Fach- und Dienstaufsicht bei der Senatskanzlei anzusiedeln.
2. Die (für den Senat bindende) Wahl der Ortsamtsleiter/innen erfolgt durch die Mitglieder im jeweiligen Beirat.

TOP 3

Eine Beratung findet in der heutigen Sitzung nicht statt. Stattdessen wird auf die Veranstaltung Das Viertel is(s)t und den am gleichen Tag stattfindenden Workshop verwiesen, der sich mit dem Thema Bürgeretat befasst.

TOP 4

4.1. Von der Veranstaltung Viertelparlament wird berichtet und ein Termin zur Auswertung vereinbart.

4.2. **Herr Schröder** erklärt, dass er nicht mehr der SPD-Fraktion im Beirat angehört.

4.3. Das Drängelgitter an der Stephanibrücke soll nach Abschluss der Bauarbeiten im Sommer abgebaut werden. Nach mehreren Verhandlungen mit Anwohnern, ADFC und Baubehörde sei nun ein Kompromiss für alle Beteiligten gefunden.

TOP 5 und 6 Entfallen

TOP 7

In der Steinhäuser Straße kann das neue Altenheim nur noch einen Parkplatz im Eingangsbereich des Hauses für sich beanspruchen. Die anderen Plätze werden in das Konzept Anwohnerparken eingerechnet.

Im Stephanitor / Übergang Überseestadt wurden am letzten Freitag 150 neue Liguster als Lärmschutzwand gepflanzt.

Vorsitz:	Sprecherin Mitte:	Sprecher ÖV:	Protokoll:
gez. Bücking	gez. Heuß	gez. Werner	gez. Freudenberg
Bücking	Heuß	Werner	Freudenberg

